

STANDPUNKT

SCHRIFTENREIHE DES
EVANGELISCHEN BUNDES
ÖSTERREICH



- „Staatsgewalt. Muss ich heute als Christ*in gute*r Staatsbürger*in sein?“

Berichte der Jahrestagung 2023 des
Evangelischen Bundes in Österreich in Wels



EVANGELISCHER
BUND
ÖSTERREICH

HEFT 254/2024

Liebe Mitglieder und Freunde des Evangelischen Bundes in Österreich!

Die Ausgabe des „Standpunkt“ ist für mich ein Anlass, allen Lesern, Mitgliedern, Begleitern und Unterstützern der Arbeit des Evangelischen Bundes Österreich persönlich und im Namen des Vorstandes zu danken. Wir freuen uns, dass wir mit Ihrer Unterstützung auch im vergangenen Jahr so manches verwirklichen konnten. Das bezieht sich auf die Herausgabe der Publikation „Standpunkt“, die Unterstützung von Vikarinnen und Vikaren und die Förderung von Bildungsprojekten.

In der Reihe „Standpunkt“ sind im vergangenen Jahr wieder vier Hefte erschienen. Die Schwerpunktthemen waren „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“, „Beichte – Angebot der Versöhnung“, „Forschung: Einblicke in die Arbeiten junger WissenschaftlerInnen“ und „Internationale evangelische Gemeinden in Österreich“. Danke auch allen Autorinnen und Autoren, die immer wieder bereit sind, für den „Standpunkt“ zu schreiben.

Die Jahrestagung des Evangelischen Bundes fand im September im Konrad-Cordatus-Haus der Evangelischen Pfarrgemeinde Wels statt. Die Vorträge dieses Symposiums sind in dem vor Ihnen liegenden Heft nachzulesen. Danke auch an Sie, und um Ihre Verbundenheit bitte ich auch für die kommende Zeit. Im Namen des Vorstandes Gottes Segen,

Ihre/eure



Pfarrerin Dr.ⁱⁿ Birgit Lusche, Obfrau

Einladung zur
**Jahrestagung des Evangelischen Bundes
in Österreich**

14. September 2024 (Samstag) in Wien

Thema: „Musik – Geschenk Gottes“

Inhaltsverzeichnis

Evangelischer Bund zum Verhältnis von Christsein und Staatsgewalt – Jahrestagung 2023 in Wels	3
Andacht: Lust am Gesetz – Freude an den Geboten!..... <i>von Roland Werneck</i>	6
Bibelarbeit: Eine brisante Textpassage	11
<i>von Christoph Weist</i>	
Vortrag: Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus.....	17
<i>von Karl-Reinhard Trauner</i>	
Gefördertes Projekt.....	22
Buchtipps	23
<i>Nachrichten über den Protestantismus</i>	24

Medieninhaber und Herausgeber: Evangelischer Bund in Österreich; Redaktion: Pfarrerin Dr. Birgit Lusche; alle: 1030 Wien, Ungargasse 9, Tel. 059 1517 950. Hersteller: Evangelischer Presseverband in Österreich. Verlags- und Herstellungsort: Wien. Erscheint in der Regel viermal im Jahr. Preis pro Heft € 3,-; Jahresabonnement € 7,-; für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. IBAN: AT13 3200 0000 0747 5445, BIC: RLNWATWW, Evangelischer Bund in Österreich

„Standpunkt“ bringt Aufsätze zu konfessionskundlichen Fragen und Nachrichten aus dem Protestantismus in aller Welt und der Ökumene, das Martin-Luther-Heft Ergebnisse der Lutherforschung.

Der Evangelische Bund in Österreich ist ein freier Zusammenschluss verantwortungsbewusster evangelischer Christinnen und Christen. Obfrau: Pfarrerin Dr. Birgit Lusche

Evangelischer Bund zum Verhältnis von Christsein und Staatsgewalt

Jahrestagung 2023 in Wels

Die Jahrestagung 2023 des Evangelischen Bundes in Österreich fand unter dem Motto „Staatsgewalt. Muss ich heute als Christ*in gute*r Staatsbürger*in sein?“ am 23. September 2023 in Wels statt. Rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammelten sich im Cordatushaus der Evangelischen Pfarrgemeinde Wels zu diesem Studientag.



Foto: privat

(v.l.): Die ReferentInnen Karl-Reinhard Trauner, Eva Harasta und Christoph Weist (1.v.r.) mit Pfarrerin Elizabeth Morgan (2.v.r.) und der Obfrau des Evangelischen Bundes Birgit Lusche (Mitte)

Nach einer Andacht des Ortspfarrers Mag. Roland Werneck führte Pfarrer i.R. Dr. Christoph Weist in das Thema mit einer Bibelarbeit zu Römer 13,1-7 ein – „auch um des Gewissens willen“. Nach einer exegetischen Einführung zum Text verwies Weist darauf, dass sich die Rolle des Bibeltextes „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet“ (Römer 13,13) in den letzten Jahrzehnten „grundlegend und unumkehrbar geändert“ habe. „Ordnungen, insbesondere die Obrigkeiten und andere Institutionen, werden nicht mehr als gottgegeben hingenommen, sondern im geschichtlichen Wandel verstanden. Sie werden kritisch hinterfragt und verlieren damit, theologisch gesprochen, ihren Charakter als Gesetz“, so Weist in seiner Bibelarbeit.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“, so lautete der Titel des nächsten Beitrages von Militärsuperintendent Dozent DDr. Karl-Reinhart Trauner. Primär ging er auf die Verfassungsurkunde ein, in der es lautet: „Alle Gewalten gehen vom Volk aus“. „Vielmehr ergibt sich dies aus den Regeln über die Wahlen und die plebiszitären Elemente sowie die Ernennung von Organen und die Mitwirkung des Volkes bei der Strafgerichtsbarkeit“, so die pointierte Sichtweise von Robert Walter, auf die Trauner verwies. Aber, so der Militärsuperintendent, gerade beim Kirchenbeitrag und den Abgaberechten müsse der „Staat aufpassen, dass er den Bogen nicht überspannt und solcherart die auch im Abgaberecht geltenden Grundrechte mit Füßen tritt“.

Die theologische Referentin unseres Bischofs Pfarrerin Dr. Eva Harasta zeigte weiters „Evangelische Zugänge zum Thema ‚Staatsgewalt‘ auf“ und forderte mehr Mut, dass „christliches Handeln immer politisches Handeln“ sei. Gerade der Aufruf zur Schöpfungsverantwortung unserer Kirche bestärke, sich aktiv einzubringen und Schwung für den Klimaschutz aufzubringen.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen gab es eine Stadtführung durch Wels. Der Abend galt dem gemütlichen Beisammensein und der Sonntag dem Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Wels mit Pfarrerin Elizabeth Morgan und Prediger Karl-Reinhart Trauner. Der Kirchenkaffee mit der Gemeinde und vielen Gesprächen rund um die Arbeit des Evangelischen Bundes rundeten die diesjährige Jahrestagung ab.

Der Evangelische Bund in Österreich ist ein freier Zusammenschluss verantwortungsbewusster evangelischer Christen und bemüht sich, den Geist

der Reformation in allen Bereichen zu bezeugen. 1903 gegründet, hat er heute zirka 2000 Mitglieder und unterstützt VikarInnen beim Ankauf von Gottesdienstbüchern und Agenden, hilft Gemeinden bei Bildungsangeboten und fördert die Herausgabe von Literatur, die sich mit Themen der Evangelischen Kirche befasst. Die Schriftenreihe „Standpunkt“ befasst sich mit Themen der Menschen in der Evangelischen Kirche. Einmal im Jahr findet in einer Gemeinde ein Symposium mit einem aktuellem Thema statt.

Quelle: epdÖ/red

Lust am Gesetz – Freude an den Geboten!

Jahrestagung 2023: Andacht von *Roland Werneck*

Liebe Schwestern und Brüder!

Nach dem jüdischen Kalender befinden wir uns im Monat Tischri, dem festlichen Monat am Beginn eines neuen Jahres. Vor einer Woche wurde das Neujahrsfest Rosch HaSchana gefeiert, am kommenden Montag ist Jom Kippur, der Versöhnungstag. Nach Sukkot, dem Laubhüttenfest, schließt der Festreigen am 8. Oktober mit Simchat Tora – Freude an der Tora, Freude an den Geboten Gottes. Ich lese dazu Psalm 112:

- 1 *Halleluja! Wohl dem, der den HERRN fürchtet,
der große Freude hat an seinen Geboten!*
- 2 *Sein Geschlecht wird gewaltig sein im Lande;
die Kinder der Frommen werden gesegnet sein.*
- 3 *Reichtum und Fülle wird in ihrem Hause sein,
und ihre Gerechtigkeit bleibt ewiglich.*
- 4 *Den Frommen geht das Licht auf in der Finsternis
von dem Gnädigen, Barmherzigen und Gerechten.*
- 5 *Wohl dem, der barmherzig ist und gerne leiht und das Seine tut,
wie es recht ist!*
- 6 *Denn er wird ewiglich bleiben;
der Gerechte wird nimmermehr vergessen.*
- 7 *Vor schlimmer Kunde fürchtet er sich nicht;
sein Herz hofft unverzagt auf den HERRN.*
- 8 *Sein Herz ist getrost und fürchtet sich nicht,
bis er auf seine Feinde herabsieht.*

*9 Er streut aus und gibt den Armen; seine Gerechtigkeit bleibt ewiglich.
Seine Kraft wird hoch in Ehren stehen.
10 Der Gottlose wird's sehen und es wird ihn verdrießen;
mit den Zähnen wird er knirschen und vergehen.
Denn was die Gottlosen wollen, das wird zunichte.*

Die Psalmen sind das älteste jüdische Gebetbuch. Die Psalmen sind das älteste christliche Gebetbuch. Jesus hat selbstverständlich wie jeder fromme Jude Psalmen gebetet. Die Geschichte seines Leidens und Sterbens ist in den Evangelien in der Sprache der Psalmen beschrieben worden. Jesu letztes Wort vor seinem Tod am Kreuz war die Klage aus Psalm 22: „Mein Gott, mein Gott, warum hast Du mich verlassen?“ Die Psalmen sind das älteste christliche Gebetbuch und sie konnten es nur werden und sein, weil ursprünglich Juden und Jüdinnen in diesen Gebeten den Gott Israels anrufen, loben und ihm ihr Leid klagen. Manchen Christen ist es nicht bewusst, dass sie diesen Schatz an Gebeten dem Volk Israel verdanken. Es gibt christliche Ausgaben von Bibeln, in denen nur das Neue Testament und die Psalmen enthalten sind. Die Psalmen werden so als Teil der christlichen Tradition angesehen, die Tora und die Propheten hingegen als „jüdisch“, was nach dieser Meinung so viel heißt wie überholt, unwichtig. Es hat im Lauf der Kirchengeschichte immer wieder Tendenzen gegeben, das Alte Testament für veraltet zu erklären. Ich halte das für einen gefährlichen theologischen Irrweg.

In unserem Psalm 112 heißt es:

*Halleluja!
Wohl dem Mann, der den Herrn fürchtet und ehrt
und sich herzlich freut an seinen Geboten.*

Die Psalmen lassen sich nicht von der Tora und den Geboten Gottes trennen. Im Gegenteil: Es ist ja auch kein Zufall, dass schon im ersten Psalm der gepriesen wird, der Lust am Gesetz des Herrn hat.

Lust am Gesetz, Freude an den Geboten! Ich werde nie vergessen, wie ich vor Jahren in einer Synagoge in Jerusalem zum Fest Simchat Tora diese Lust am Gesetz und die Freude an den Geboten gesehen und gespürt habe! Es wurde laut gesungen, geklatscht und mit den Torarollen im Kreis getanzt. Auch ich wurde dazu eingeladen und durfte eine Runde mit einer Torarolle tanzen. Für einen lutherischen Theologen ist ein solcher Zugang zum Gesetz

Gottes höchst ungewöhnlich und fremd. In der theologischen Tradition der lutherischen Kirche wird dem Gesetz, das dem Menschen seine Sündhaftigkeit und seinen Mangel zeigt, immer das Evangelium gegenübergestellt, das den Menschen erlöst. Gesetz und Evangelium – sehr häufig wurde dieses Begriffspaar umgelegt auf das Alte und das Neue Testament.

Das Problem, von dem wir sprechen, ist aber kein historisch überholtes, es ist in der Tat höchst aktuell. Im Jahr 1999 haben Vertreter des Lutherischen Weltbundes und des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen eine gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre feierlich unterschrieben. In der letzten Woche erinnerte in Krakau die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes an dieses wichtige ökumenische Dokument. Es hat das Verhältnis zwischen der römisch-katholischen und der lutherischen Kirche gewiss positiv beeinflusst. Dennoch bleibt hier ein Wermutstropfen: In der These 8 dieser Erklärung heißt es: „Im Alten Testament hören wir das Wort Gottes von der menschlichen Sündhaftigkeit und vom menschlichen Ungehorsam und vom Gericht Gottes.“¹ Der 2002 verstorbene Berliner evangelische Theologe Friedrich-Wilhelm Marquardt, der mein wichtigster Lehrer war, hat in einem seiner letzten Vorträge darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Lutheraner und die Katholiken hier konsequent am Judentum vorbei geeinigt hätten. Marquardt wörtlich:

„In dem, was als Gemeinsamkeit in der Rechtfertigungslehre dargetan wird, spielt das Gesetz keine essenzielle, nur eine ganz beiläufige Rolle, wird aber dennoch ... ausdrücklich von beiden Kirchen verworfen. Das heißt: Im Antijudaismus einigen sich die christlichen Kirchen. ...

Die evangelisch-katholische Einigung will nur Vergangenheitsbewältigung, nicht Gegenwarts- und Zukunftshilfe. Gegenwart und Zukunft der Kirche aber hängen an der Wahrnehmung Jesu von Nazaret, der sagte und sagt: „Das Heil kommt von den Juden.“ (Joh. 4,22)²

1 Veröffentlicht in: Lutherischer Weltbund/ Päpstlicher Rat zur Förderung der Einheit der Christen (Hg.), Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre. Gemeinsame offizielle Feststellung; Anhang (Annex) zur Gemeinsamen offiziellen Feststellung, Frankfurt a.M./ Paderborn 1999.

2 Vom Rechtfertigungsgeschehen zu einer Evangelischen Halacha, in: H.M. Dober/ D. Mensink (Hg.), Die Lehre von der Rechtfertigung des Gottlosen im kulturellen Kontext der Gegenwart, Stuttgart 2002, 43-75, 44

Marquardt hat versucht, wie er es nannte, beim „Stuhl des Mose“ in die Schule zu gehen. Es ging ihm darum, ein neues Verhältnis der Heidenchristen zur Tora vom Sinai zu entwickeln. Wir können uns heute, fast 80 Jahre nach der Schoa, nicht damit begnügen, wie Luther zu sagen: „Das Gesetz des Mose gehet die Juden an, welches uns forthin nicht mehr bindet; denn das Gesetz ist allein dem Volk Israel gegeben, und Israel hat es angenommen für sich und seine Nachkommen, und die Heiden sind hie ausgeschlossen.“³

Wie dringend notwendig ein neues Verhältnis der christlichen Theologie zur Tora ist, zeigt sich nicht zuletzt in unseren Gottesdiensten. Untersuchungen von evangelischen Predigten haben gezeigt, dass das Judentum immer noch sehr oft als Beispiel für eine „gesetzliche Religion“ dient.⁴ Wer sich gegen Machtstrukturen in der Politik oder in der Kirche stellen will, demonstriert das gerne an der neutestamentlichen Kritik an der pharisäischen Praxis oder verwendet dafür entsprechende Stellen des Apostel Paulus. Sehr schnell kann hier die Grenze zum Antijudaismus überschritten werden. Der berühmte Schweizer protestantische Theologe Karl Barth hat 1935 einen Vortrag mit dem Titel „Evangelium und Gesetz“ verfasst. Er kehrte damit die traditionelle Reihenfolge dieser Begriffe in der lutherischen Theologie um. Dort heißt es immer „Gesetz und Evangelium“, also zuerst steht der sündhafte Mensch unter dem Gesetz, deshalb braucht er die Erlösung durch das Evangelium. Karl Barth hat sich an der biblischen Reihenfolge orientiert: zuerst steht die Befreiung des Volkes Israel aus der ägyptischen Sklaverei, dann kann Mose die Tora am Sinai empfangen. Erst das Leben in der Freiheit ermöglicht die Freude an den Geboten Gottes.

In Psalm 111, der mit unserem Psalm 112 eng zusammengehört, wird ebenfalls zuerst an die Werke Gottes erinnert:

*Was er tut, das ist herrlich und prächtig,
und seine Gerechtigkeit bleibt ewiglich. (V3)
Er sendet eine Erlösung seinem Volk;
er verheißt, dass sein Bund ewig bleiben soll. (V9)*

3 Martin Luther, Eine Unterrichtung, wie sich die Christen in Mosen sollen schicken, MA 4, 182 = WA 24,6.

4 Vgl. dazu E. Volkmann, „Gesetz“ und „Evangelium“ in der Predigt, in: H.M. Dober/D. Mensink (Hg.), Die Lehre ..., 106-123, bes. 118ff.

Dann, in unserem Psalm 112, folgt als nächstes die Freude an den Geboten. Alle Verheißungen, die dann erwähnt werden, haben etwas mit dieser Freude zu tun: der Segen der Nachkommenschaft, der Wohlstand, aber auch die Sorge um die Armen. Gott wird als der Gnädige, Barmherzige und Gerechte gepriesen. Keine Imperative werden aneinandergereiht, kein Forderungskatalog wird hier aufgestellt, sondern das Vertrauen auf den befreienden Gott wird durch Freude an seinen Geboten ausgedrückt. Ist das keine gute Nachricht, keine frohe Botschaft, kein Evangelium?

Ich meine, wenn wir als Christinnen und Christen diesen Psalm heute mit unseren jüdischen Geschwistern beten, dann können wir vor allem lernen, was das heißt: Freude an den Geboten. Die Gebote Gottes wollen uns freimachen und den Weg ins Leben zeigen, uns aufrichten und nicht uns niederdrücken und unsere Sündhaftigkeit zeigen. Das Geschenk des Sabbat ist nur ein Beispiel dafür, wie ein Gebot zum Zeichen von Gottes Befreiung für uns Menschen werden kann. Ich wünsche mir, dass wir uns von der Freude des Psalmbeters an Gottes Geboten anstecken lassen. Ich wünsche mir, dass diese Freude in unseren protestantischen und katholischen Gottesdiensten zu spüren ist, in unseren Gebeten, in unseren Predigten, in unseren Liedern: In dem Lied des berühmten evangelischen Liedtexters Paul Gerhardt „Die güldne Sonne“ heißt es in der fünften Strophe am Schluss: „Lass mich auf deinen Geboten bestehn.“

Zum Autor:

Mag. Roland Werneck ist Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde Wels (OÖ). Ein herzliches „Danke“ für die Andacht und den gelungenen gemeinschaftlichen Tag bei unserer Jahrestagung in Wels.

Eine brisante Textpassage

Jahrestagung 2023: Bibelarbeit von *Christoph Weist*¹

„Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat ...“ Die Passage im 13. Kapitel des Briefs des Paulus an die Christinnen und Christen in Rom ist ein Begriff geworden. Sie umfasst zwar nur die wenigen Verse 1-7, ist aber bekannt unter der Kurzbezeichnung „Römer 13“. Der Text war nicht nur in der Kirchengeschichte von großer Folgewirkung, sondern hat bis heute Fragen aufgeworfen, Antworten geliefert und dabei zu leidenschaftlichen Diskussionen geführt.

13¹ Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet.

² Darum: Wer sich der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt Gottes Anordnung; die ihr aber widerstreben, werden ihr Urteil empfangen.

³ Denn die Gewalt haben, muss man nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes, dann wirst du Lob von ihr erhalten.

⁴ Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zuegut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst. Sie ist Gottes Dienerin und vollzieht die Strafe an dem, der Böses tut.

⁵ Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen

⁶ Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht

⁷ So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.

1 Kurzfassung einer Bibelarbeit zu Röm 13,1-7 mit dem Thema „... auch um des Gewissens willen“, gehalten am 12.9.2023 auf der Tagung des Evangelischen Bundes Österreich zum Thema „Staatsgewalt. Muss ich heute als Christ*in gute*r Staatsbürger*in sein?“

Diese wenigen Verse spielten eine gewichtige Rolle in der „Theologie der Ordnungen“, die seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts das große Thema war. Ordnungen oder „Schöpfungsordnungen“, sind demnach von Gott verfügte Einrichtungen, in denen der handelnde Mensch Gottes Willen erkennt. Dazu gehören Ehe, Familie, Arbeit und Wirtschaft, Recht und Herrschaft. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert waren Volkstum und Rasse dazugekommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war dann klar geworden, dass die – damals noch immer weit verbreitete – kritiklose theologische Anerkennung und Aufnahme „völkischer“ Vorstellungen, vor allem des nationalsozialistischen Rassenbegriffs, unmenschliche Praktiken ermöglichte: Diskriminierung ethnischer Minderheiten, die Nürnberger Rassegesetze, ein gewaltbereites Ethos bis hin zum Kampf um „Lebensraum“ in Osteuropa und zur „Endlösung“ in den Vernichtungslagern. Der aufarbeitende Rückblick führte in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts zu scharfen Auseinandersetzungen um gerade unseren Text.

Ein isolierter Text

Unbestritten ist in der Forschung, dass der Römerbrief von Paulus und nicht, wie etwa der 2. Thessalonicherbrief, von einem unbekannten anderen Verfasser geschrieben wurde. Der Apostel hat ihn verfasst, als er seine Arbeit im Osten des Römischen Reiches für abgeschlossen hielt und Richtung Westen, über Rom wohl nach Spanien, aufbrechen wollte. Der Apostel diktiert den Brief (im Frühjahr?) 56 n. Chr. einem Tertius, wahrscheinlich in Korinth im Haus eines Gaius.

Es ist ein Brief an eine Gemeinde, die vom Apostel nicht gegründet worden, ihm also unbekannt war. Im Zuge des Handelsaustausches im Römischen Reich war das Christentum durch Missionare, die wir nicht kennen, nach Rom gekommen, Die Gemeinde, so mutmaßt man, war zunächst wohl eher judenchristlich bestimmt, zur Zeit des Paulus stellten aber die Heidenchristen die Mehrheit dar. Die Gemeindemitglieder setzten sich zusammen aus Gewerbetreibenden, Sklaven und Freigelassenen, viele waren aus den Provinzen zugereist. Es handelte sich aber wohl nicht um eine geschlossene Gemeinde mit großem Versammlungsraum, vielmehr bestanden wahrscheinlich mehrere selbständige Hausgemeinden. Offenbar war die Gemeinde insgesamt sehr groß. Bei ihren Mitgliedern will der Apostel um personelle und materielle Unterstützung für seine weiteren Pläne bitten. Da er den meisten

Gemeindemitgliedern noch unbekannt ist, stellt er sich und seine Botschaft ausführlich vor.

Die Verse 1-7 wirken isoliert, ein inhaltlicher Zusammenhang zwischen den Partien vor und nach unserem Abschnitt lässt sich nicht finden. Der Neutestamentler Ernst Käsemann, dessen Römerbriefkommentar von 1974 ich nun folge, hat darauf aufmerksam gemacht, dass im Text selber neben christologischer und eschatologischer Motivation auch die Beziehung auf die Liebe fehle und der Text damit nichts spezifisch Christliches aufweise. Vielmehr sei der Abschnitt ein selbständiger Block, der ein „Fremdkörper“ in der paulinischen Paränese genannt werden könne. Er sei daher aus sich selbst zu interpretieren.

Mahnungen in Amtsgriechisch

Dabei ist den Exegeten schon immer aufgefallen, dass der Apostel in diesem Abschnitt die Ausdrucksweise der hellenistischen Administration verwendet. Er ist sozusagen in „Amtsgriechisch“ gehalten. Das hat Folgen für seine Aussage.

Aus welchen Quellen schöpft Paulus seine Mahnung und ihre Begründung? Es ist die Überlieferung des Judentums, wie sie in den Synagogen der jüdischen Diaspora im Römischen Reich weitergegeben wurde, die Paulus hier aufgreift. Es handelt sich um die schon damals sehr alte Anschauung, die Obrigkeit sei von Gott eingesetzt. Das zeigen auch die antiken bzw. urchristlichen Haus- und Ständetafeln. Man kann es auch in der Zeit nach Paulus in der Ermahnung zum Gebet für die Obrigkeit im 1. Timotheusbrief (1. Tim 2,1f), in der Erinnerung, sich der Obrigkeit unterzuordnen, im Titusbrief (Tit 3,1) und in der Ermahnung „Seid untertan aller menschlichen Ordnung um des Herrn willen“ im 1. Petrusbrief (1. Petr 2,13) finden..

Dem entsprechend wird im letzten Vers unseres Textes eine konkrete Anwendung für das politische Verhalten der Gemeindeglieder gezogen: Jede und jeder hat das zu leisten, was er/sie schuldig ist. Damit hat Paulus, so Käsemann, „die Machthaber weder dämonisiert noch glorifiziert“. Aber: „Die Problematik der politischen Gewalt rückt überhaupt nicht ins Blickfeld. Das ist das eigentliche Problem des Textes und für uns eine Aporie.“

Vier Erkenntnisse

Insgesamt folgt der Text keinem streng logisch aufgebauten Gedankengang. Es handelt sich um eine sich spiralförmig wiederholende, teils grundsätzliche, teils praktische Argumentation. Das Ergebnis der Exegese kann man in vier Erkenntnisse zusammenfassen:

- Paulus stellt keine theoretischen Erwägungen an, vor allem trifft er keine erschöpfenden Aussagen über das Verhältnis zu den Obrigkeiten. Deshalb schweigt er über die Möglichkeiten von Konflikten und die Grenzen irdischer Autorität.
- Die Rede ist nicht vom Staat als solchem oder vom römischen Imperium. Die „amtliche“ Ausdrucksweise, das „Behördengriechisch“, zeigt, dass der Apostel an die regionale oder zentrale Verwaltung denkt.
- Von da aus kann man eine sachliche Einordnung des eigentümlichen Textes in den Zusammenhang der Paränese des Römerbriefes vornehmen. Die Anweisung, der Obrigkeit untertan zu sein, passt zum Generalthema der Paränese „Der vernünftige Gottesdienst“ in Röm 12,1.
- Es geht Paulus nur um den Gehorsam gegenüber den Machthabern, nicht um das Ganze der Welt. Käsemann warnt: Wer aus den Mahnungen des Paulus eine allgemeine „Weltverantwortung“ herausliest, will insgeheim die „Schöpfungsordnungen“ erhalten.

Damit sind die politischen bzw. zur Politik gemachten Aussagen des Paulus „entmythologisiert“, sie sind „niedriger gehängt“ als sie oft gehandelt worden waren. Demgemäß spielen sie auch in den neueren Darstellungen der Theologie des Neuen Testaments nur mehr eine relativ geringe Rolle.

Der Text in unserer Zeit

Bahnbrechend für das Verständnis der sieben Verse unseres Textes in unserer Zeit war vor allem Dietrich Bonhoeffer. In seinem 1937 erschienenen Buch „Nachfolge“ hat er zu dem Text ganz praktisch erklärt: „Die Christen sollen wissen, daß sie gerade dort unten, wohin sie durch die Obrigkeiten verwiesen sind, Gottes Willen erkennen und tun“ und „daß ihr Gott der Herr auch

der Obrigkeiten ist“. Umgekehrt müsste die Obrigkeit „den Auftrag hören, Gottes Diener zu sein, der Christenheit, die Gutes tut, zugute“. Empfängt nun der Christ von der Obrigkeit Strafe und Verfolgung, „so ist er doch vor Gott frei und ohne Furcht, so ist ja doch auf die Gemeinde keinerlei Schande gekommen!“ Verfolgung durch die Obrigkeit ist also für die Gemeinde keine Schande.

Und nun bringt Bonhoeffer den Begriff des Gewissens ins Spiel: Der Christ „gehört der Obrigkeit nicht um irgendeines Vorteils willen, sondern um des Gewissens willen (V.5). So kann der Fehler der Obrigkeit sein Gewissen nicht antasten.“ Der Christ kann frei und furchtlos auch im unschuldigen Leiden der Obrigkeit den schuldigen Gehorsam erweisen. Denn er weiß, „daß zuletzt nicht die Obrigkeit, sondern Gott herrscht, daß die Obrigkeit Gottes Dienerin ist“. Der Christ soll in der Welt leben „als Glied des Leibes Christi der neugewordenen Menschheit“ und damit „mitten in der Welt Zeugnis von der Verlorenheit der Welt und der Neuschöpfung in der Gemeinde“ geben. Schließlich spitzt Bonhoeffer die Paradoxie weiter zu: „Er bleibe in der Welt um des frontalen Angriffes gegen die Welt willen, er lebe sein ‚innerweltliches Berufsleben‘, um seine ‚Weltfremdheit‘ erst ganz sichtbar werden zu lassen.“

Aber auch Bonhoeffer ist die Problematik des Textes in Römer 13 für uns Heutige bewusst. In der Finkenwalder Homiletik (das sind Nachschriften aus dem Finkenwalder Predigerseminar in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre) hält er fest: „Grundsätzlich ist jeder biblische Text Predigttext ... In jedem Text steht das Eine, in jedem redet derselbe Gott. Er redet in Römer 13 und in Apg 5,29.“ – Was aber steht in Apg 5,29?: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

Damit ist Bonhoeffer an den Grenzen seines Ansatzes angelangt, die er bekanntlich selbst bis zum Äußersten erfahren und durchlitten hat. Von hier bis zu dem bekannten Zitat aus seinem Vortrag „Die Kirche vor der Judenfrage“ im April 1933 „Man muss dem Rad in die Speichen fallen“ ist es nicht mehr weit.

Allmacht Gottes und Macht des Staates

Jedenfalls ist mit alledem eines vorbereitet: Die Rolle des Bibeltextes Römer 13,1-7 hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend und unumkehrbar geändert. Ordnungen, insbesondere die „Obrigkeiten“ und andere

Institutionen, werden nicht mehr als gottgegeben hingenommen, sondern im geschichtlichen Wandel verstanden. Sie werden kritisch hinterfragt und verlieren damit, theologisch gesprochen, ihren Charakter als Gesetz. Sie werden – und das ist ja auch durch die exegetischen Ergebnisse begründet – zu sachlichen Gegebenheiten, die man rational beurteilen muss. Und sie können und müssen jeweils so gestaltet werden, dass sie den jeweiligen gesellschaftlichen Herausforderungen entsprechen. Dann, aber erst dann, kann gelten: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt. „Obrigkeiten“ sind zu unterstützen, wenn sie den Klimaschutz und nicht Profitmargen berücksichtigen und in diesem Sinn der Gesellschaft dienen, sie sind zu kritisieren, wenn sie aus wirtschaftlichen Rücksichten für Minderheitskirchen in Österreich den Karfreitag als Feiertag kippen.

Der Wiener Sozialethiker Ulrich Körtner dringt darauf, zwischen der Allmacht Gottes und der Macht des Staates zu unterscheiden. Staatliche Machtausübung in Form von unmittelbarer Selbstdurchsetzung und der Beschneidung von Lebensrechten der Anderen gelte nach biblischer Tradition als Sünde. Auch stehen, wie wir gesehen haben und jetzt wieder in Zusammenhang mit einem grausamen Krieg sehen, Staat und politische Macht in der Gefahr ideologischer oder religiöser Überhöhung. Körtner fasst in seinem Buch „Evangelische Sozialethik“ zusammen: „Nationalismus und Totalitarismus können sich nach Ansicht heutiger Theologie nicht auf die biblische Legitimation staatlicher Gewalt als göttlicher Ordnung – z.B. unter Verweis auf Röm 13 – berufen.“

Den sinnvollen Anordnungen der dafür Zuständigen nach bestem Gewissen Folge leisten, das Gewissen aber gegründet sein lassen nur in der Verantwortung gegenüber dem, der die menschliche Obrigkeit um des Wohles seiner Menschen willen Obrigkeit sein lässt: Paulus selbst und viele andere, etwa Dietrich Bonhoeffer, sind mit ihrem Leben für dieses Anliegen eingestanden. Dafür sollten wir ihnen dankbar sein.

Zum Autor:

Christoph Weist, Dr. theol., Studium der Evangelischen Theologie in Tübingen, Hamburg und Wien, bis zur Pensionierung 2011 Leiter des Amtes für Hörfunk und Fernsehen der Evangelischen Kirche i.Ö. und Chefredakteur der Evangelischen Zeitung „SAAT“, bis Anfang 2022 langjähriges Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundes

Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus

Jahrestagung 2023: Vortrag von *Karl-Reinhard Trauner*

Ausgangspunkt „Mensch“

Einigkeit besteht wohl darüber, dass der Mensch ein soziales Wesen ist. Aristoteles († 322 v. Chr.) bezeichnet ihn als „*politisches Lebewesen*“. Es ist, schreibt er, „*klar, daß ... der Mensch von Natur ein auf die staatsbürgerliche Gemeinschaft angewiesenes Wesen*“ ist.

Die Frage nach dem Menschsein greift aber tiefer: Was ist der Mensch? Und vor allem: Wie ist der Mensch? Dabei gibt es grundsätzlich zwei Denkmöglichkeiten – mit unzähligen Grauschattierungen dazwischen:

(1) „*Und Gott schuf den Menschen*“

– „*zu seinem Bilde*“

– „*und segnete sie [alle Menschen, Mann und Frau]*“.

– „*Und Gott sah an alles ..., und ... es war sehr gut.*“ (Gen 1,27-31)

Das bedeutet, dass der Mensch grundsätzlich gut ist. Ein Blick in die Nachrichten zeigt aber, dass die Wirklichkeit oft anders aussieht.

(2) Deshalb nimmt ein anderes Denkmodell, wie der Mensch zu verstehen sei, seinen Ausgangspunkt beim Sündenfall bzw. beim „gefallenen“ Menschen. Die Schlange verspricht dort, dass die Menschen „*sein werden wie Gott und wissen, was gut und böse ist*“ (Gen 3,5). Gerade das aber erreichen die Menschen nicht; zu wissen, was gut und was böse ist. Das bleibt Gott vorbehalten. Offenbar ist den Menschen jedoch eine Ahnung davon geblieben und die Sehnsucht danach, unterscheiden zu können.

Die Konsequenz ist, dass der Mensch zwar vielleicht nicht grundsätzlich schlecht ist, er ist aber auch nicht grundsätzlich gut. Die Erlösung steht noch

aus, auch wenn sie mit Jesus Christus eingeleitet und das Endergebnis vorgezeichnet ist. Wir leben im „*Vorletzten*“, einer nach wie vor unerlösten Welt, wie es nicht zuletzt Dietrich Bonhoeffer († 1945) betonte.

Ein anderes Denkmodell, durch das solche Beobachtungen und Überlegungen gebündelt werden (obwohl es schon davor entstand), stammt von Arnold Gehlen († 1976): das *Mängelwesen Mensch*. Der Begriff stammt freilich schon von Johann Gottfried Herder († 1803): „*Daß der Mensch den Thieren an Stärke und Sicherheit des Instinkts weit nachstehe ...*“

Die Überlegungen Herders und Gehlens beziehen sich in erster Linie auf die natürliche Ausstattung des Menschen, aber man mag – durchaus im Sinne der Bibel – fortsetzen: Wohl ist der Mensch auch bei der Unterscheidung zwischen Gut und Böse ein Mängelwesen.

Ausgestaltung des Gemeinwesens

Bei der Frage nach der Ausgestaltung des Gemeinwesens geht die antike Philosophie davon aus, dass nicht der Friede, sondern der Konflikt die Norm ist. Das im Griechischen verwendete Wort, *polemos*, umfasst ein breites Spektrum eines Konflikts: von Streit über Kampf bis hin zu zwischenstaatlichem Krieg. Die Staatenbildung geht davon aus. Auch für Thomas Hobbes († 1679), einen der wichtigsten Vordenker moderner Staatlichkeit, ist der Naturzustand des Menschen ein Kriegszustand. Friede muss gestiftet werden, damit er besteht. Das Mittel dazu ist der *Nomos*. Der griechische Begriff meint Brauch, Sitte und Gewohnheit genauso wie Satzung, Gesetz. Der Nomos hat den Zweck, einen Konflikt nach Möglichkeit nicht zum Ausbruch kommen zu lassen und, falls dies doch passieren sollte, diesen einzuhegen und wieder zu beenden.

Nach Hobbes ist der Weg, dem negativen Zustand des Kampfes aller gegen alle zu entgehen, ein (teilweiser) Verzicht auf das natürliche Recht und Freiheit und ihre Übertragung an eine Herrschafts- bzw. Staatsstruktur. Friede ist aber die Grundbedingung und Rahmenbedingung für eine möglichst optimale Entfaltung der Menschen, individuell, aber auch gesamtgesellschaftlich und -staatlich. Es kommt dem nahe, was zivilgesellschaftlich als „sozialer Friede“ und in der militäretischen Diskussion als „gerechter Friede“ bezeichnet wird. Der *Katechismus der Katholischen Kirche* (1993) beschreibt ihn: „*Friede besteht nicht einfach darin, daß kein Krieg ist; ... Friede auf Erden herrscht nur dann,*

wenn die persönlichen Güter gesichert sind, die Menschen frei miteinander verkehren können, die Würde der Personen und der Völker geachtet und die Brüderlichkeit unter den Menschen gepflegt wird.“ Und das Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (2003) betont, dass Gerechter Friede „auf die Anerkennung der Würde aller, auf die Achtung der Menschenrechte, auf nachhaltige politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung“ abzielt.

Zweck und Ziel eines Staates

Im Herrschaftssystem des Mittelalters ging es um die Macht des Herrschers, seine Untertanen dienten den herrschaftlichen Interessen. Die Zeitenwende zur Neuzeit zeigte sich auch in der Veränderung auf diesem Gebiet. Schon Martin Luther († 1546) konnte in der Schrift *Von weltlicher Obrigkeit* (1523), einem Grundlagenwerk seiner politischen Ethik, erklären, dass ein Fürst sein obrigkeitliches Amt dann richtig ausführt, *„wenn er all seinen Sinn dahin richtet, daß er denselben [seinen Untertanen] nützlich und dienstlich sei, und nicht also denke: Land und Leut sind mein, ich wills machen, wie mirs gefällt; sondern also: Ich bin des Lands und der Leut, ich solls machen, wie es ihnen nützlich und gut ist. Nicht soll ich suchen, wie ich hoch fahre und herrsche, sondern wie sie mit gutem Fried beschützt und verteidigt werden.“*

Ende des 18. Jahrhunderts erkannte man endgültig, dass die *„öffentliche Sicherheit und Wohlfahrt“*, also das Wohlergehen des Staates und der Staatsgesellschaft, *„in dem Brennpunkte der kaiserlichen Obergewalt und des ersten [obersten] Staatszwecks zusammentraten“* (Joh. St. Pütter, † 1807). Das Ergebnis ist Grundlage der modernen Staatlichkeit. Grundrechtskataloge wie das österreichische Staatsgrundgesetz des Jahres 1867 konkretisierten den Staatszweck. Die Gewährleistung von Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden im Rahmen einer allgemein gültigen Ordnung ist demzufolge die Zweckbestimmung des Gemeinwesens Staat. Mit anderen Worten: Staatszweck, das, was einen Staat ausmacht, ist ein gerechter Friede. Er ist *ultima ratio* eines Staatswesens.

Grundlage des Staates

Auch wenn es keinen „christlichen“ Staat geben kann und Versuche wie der christliche (katholische) Ständestaat in Österreich (1933–38) scheiterten, wird ein säkularer und pragmatischer Staatszweck herkömmlicherweise auch

seitens der christlichen Kirchen positiv aufgenommen. Man kann sich dabei auf biblische Vorbilder berufen. Bekannt ist der Aufruf aus dem Alten Testament „*Suchet der Stadt Bestes*“ (Jer 29,7), man kann aber auch auf das Jesuswort nach Mt 22,21 („*Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist*“) oder auf die paulinische Ausformulierung einer politischen Theologie (?) verweisen: „*Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; ... die Gewalt haben, muss man nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke.*“ (Röm 13,1-3)

Schafft ein Staat es nicht bzw. nicht in ausreichendem Maß, dass es seinen Bürgerinnen und Bürgern wohlergeht, steht er vor der Sinnfrage. Der Staatszweck wird nicht erreicht, der Staat zerfällt, er wird ein *failing* oder gar *failed state*. Eine der Kernfragen besteht aber darin, was der Kitt ist, der ein Gemeinwesen, einen Staat zusammenhält. Früher war dies der Herrscherwille, oftmals auch die Religion. Angesichts des heutigen Ideals eines säkularen Staates stellte allerdings schon vor Jahrzehnten Ernst-Wolfgang Böckenförde († 2019) die Frage, ob nicht „*der freiheitliche, säkularisierte Staat ... von Voraussetzungen [lebt], die er selbst nicht garantieren kann*“. Die von Böckenförde als Frage formulierte Konsequenz ist diejenige, ob nicht auch der säkularisierte, weltliche Staat letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskräften leben muss, die letztlich nur ein werteorientiertes Denken, mithin der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt.

Staatsgewalt

Staatszweck, -ziele und -aufgaben werden mittels der Staatsgewalt umgesetzt, die Herrschafts- bzw. Staatsmacht ausgeübt. „Gewalt“ ist, v.a. in der deutschen Sprache, ein schillernder Begriff. Grundsätzlich ist Gewalt die Anwendung von Zwang. Wie missverständlich der Begriff „Gewalt“ sein kann, wird an den Übersetzungsmöglichkeiten ins Englische deutlich. Möglich sind (darauf verweist die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland aus dem Jahr 2007):

- a. *power* (Macht allgemein, Kraft);
- b. *force* (durchsetzungsfähige, auch bewaffnete Macht);
- c. *authority* (legitime [staatlich-politische] Autorität).

Nur in der vierten Bedeutung ist „Gewalt“ grundsätzlich ethisch abzulehnen:

- d. *violence*: Darunter versteht man die verletzende, zerstörerische, lebensbedrohliche und von ihrem Charakter her zur Eskalation neigende Form gewalttätigen Handelns. Die Formen von *violence* sind dabei vielfältig.

Unabhängig von der Staatsform gilt: Die Grundlage der Staatsgewalt kann nur *authority* sein. Sie darf niemals *violence* sein, denn sonst wird aus einem Rechtsstaat ein Unrechtsstaat, und dieser ist die Perversion eines Staates (ein „Un-Staat“). Ein Staat muss aber *authority*, *power* und *force* haben, um seinen Staatszweck zu erfüllen. Denn, so wusste schon Hobbes Mitte des 17. Jahrhunderts, „Verträge“ – er meint damit die Grundlage jedes Staates – sind „*ohne das Schwert bloße Worte*“.

War noch lange, bis ins 19. Jahrhundert, ein Herrscher (Fürst) Träger der Staatsgewalt – man denke nur an den Ausspruch des französischen Königs Ludwig XIV. († 1715): „*Der Staat bin ich!*“ –, so änderte sich das mit dem Demokratisierungsprozess, wie er in Mitteleuropa (Deutschland, Österreich) im 20. Jahrhundert (in der Schweiz schon Jahrhunderte früher) stattfand. „*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus*“, heißt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1949. Inhaltlich bündiger, mit direktem Bezug auf die Staatsform, formuliert es die österreichische Bundesverfassung aus dem Jahr 1920: „*Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus.*“

Mit Staatsgewalt (*authority*) soll jedenfalls also jede zerstörerische Gewalt (*violence*) abgewehrt werden. Aber auf die Ausgewogenheit der staatlichen Gewalt kommt es an. Luther erkannte bereits vor 500 Jahren: „*Den unerträglich und greulich Schaden daraus folget, wo man ihr [der Obrigkeit; der Staatsgewalt] zu weit Raum gibt, und auch nicht ohn Schaden ist, wo sie zu weit gespannt ist. Hie straft sie zu wenig, dort straft sie zu viel*“ ... hier übt sie zu wenig Zwangsgewalt aus und nimmt ihre Schutz- und Ordnungsfunktion nicht wahr, dort wird aus der Staatsgewalt (*authority*) ein autoritärer Staat.

Zum Autor:

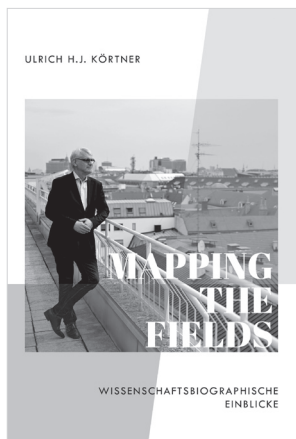
Karl-Reinhard Trauner, Dr. theol., Dr. phil., Privatdozent für Kirchengeschichte an der Evangelisch-Theologischen Fakultät Wien, hauptberuflich Militärsuperintendent, Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundes in Österreich und der Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich

Gefördertes Projekt des Evangelischen Bundes in Österreich

Ulrich H.J. Körtner: Mapping the Fields

Viele PfarrerInnen und ReligionslehrerInnen der Evangelischen Kirchen in Österreich haben der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien viel zu verdanken. Für ihre wissenschaftliche und praktische Berufsausrüstung wurde hier der wesentliche Grund gelegt. Einer der dort Lehrenden, der Professor für reformierte Systematische Theologie Ulrich H.J. Körtner, hat nun die theologischen Hintergründe, vor denen seine wissenschaftliche Arbeit stattfindet und auf denen seine überaus zahlreichen Publikationen beruhen, in ihrem, wie er schreibt, „inneren Zusammenhang sichtbar werden lassen“. Sein im Evangelischen Presseverband erschienenenes Buch „Mapping the Fields“, zu Deutsch „Arbeitsfelder abstecken“, verschafft „wissenschaftsbio-graphische Einblicke“ in den vielfältigen Tätigkeitsbereich dieses bekannten Universitätslehrers. In zahlreichen nationalen und internationalen Institutionen, in Büchern und Aufsätzen, Zeitungsartikeln, Fernsehdiskussionen und Radiostatements hat Körtner sein Anliegen verwirklicht: die „Öffentliche Theologie“. Sie ist, so Körtner, „im Grunde ein urevangelisches Anliegen“, nämlich „eine zeitgemäße Fortentwicklung“ dessen, was man als öffentliche Verkündigung und Kommunikation des Evangeliums bezeichnet. Neben einer Schilderung seines Werdegangs, Kurzbiographien der Vorgänger auf seinem Lehrstuhl, einem spannenden Kapitel über den Theologen Dietrich Bonhoeffer und anderen Beiträgen umreißt Körtner sein Verständnis einer in aller Krisenerfahrung wartenden Kirche und Theologie, getragen von der Hoffnung, dass das biblische Zeugnis neu zu sprechen beginnt.

Christoph Weist



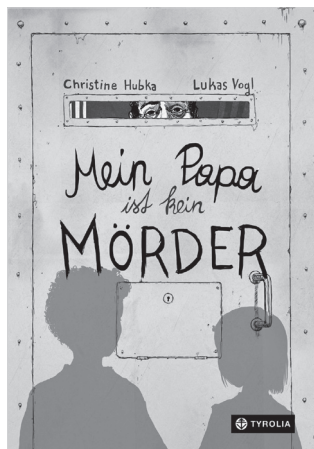
Ulrich H.J. Körtner, Mapping the Fields. Wissenschaftsbio-graphische Einblicke. 170 Seiten, A5, Evangelischer Presseverband, Wien 2023, ISBN 978-3-85073-323-6, € 32,- inkl. MwSt. (exkl. Versand). Zu bestellen unter: shop.epv-evang.at; shop@epv-evang.at

Buchtipp

Christine Hubka/Lukas Vogl: Mein Papa ist kein Mörder

Wenn der Vater als Busfahrer aus Unachtsamkeit ein Kind totfährt und daher ins Gefängnis muss, ändert sich nicht nur sein Leben nachhaltig, sondern auch das seiner gesamten Familie und somit auch seiner beiden jugendlichen Kinder. Was heißt Gefängnis überhaupt? Was geschieht dort den ganzen Tag lang? Stimmen unsere Vorstellungen mit der Realität überein? Mit welchen Vorurteilen und stereotypen Meinungen hat man es plötzlich – auch als Angehörige – zu tun? Und warum ist das Leben danach nicht mehr dasselbe wie davor?

Die evangelische Pfarrerin Christine Hubka hat viele Jahre lang in der Gefängnisseelsorge gearbeitet und daher zahlreiche Einblicke in das Leben innerhalb einer solchen Sondersituation bekommen. Eindringlich liefert sie anhand einer konkreten Familiengeschichte wichtige Informationen zum Alltag im Gefängnis, erklärt einschlägige Begrifflichkeiten und zeigt auf, wie sehr auch Angehörige von einer Haft betroffen sind. Mit zahlreichen, farbfokussierten Panels von Lukas Vogl graphic-novel-artig ins Bild gesetzt. Ein dringend notwendiges Buch über einen sehr ausgeklammerten Teil unserer Gesellschaft.



Christine Hubka/Lukas Vogl, Mein Papa ist kein Mörder. Erzählerisches, graphic-novel-artiges Sachbuch über Gefängnis und alles drumherum. 96 Seiten, Softcover, Tyrolia 2024, ISBN 978-3-7022-4198-8, € 18,-

Nachrichten

NEUER REKTOR DES „WEG“ PATRICK TODJERAS IN SEIN AMT EINGEFÜHRT

Mit einem Festgottesdienst in der Linzer Martin Luther-Kirche wurde der neue Rektor des Werks für Evangelisation und Gemeindeaufbau (WeG) Pfarrer Patrick Todjeras am 22. Oktober 2023 in sein Amt eingeführt. Vor zahlreichen Festgästen widmete sich Todjeras in seiner Predigt der Frage, wie Christ:innen heute anderen das Evangelium vermitteln sollten. Wenn eine Gemeinde wirkungsvoll evangelisieren wolle, dann solle sie nicht mit Evangelisation als Programm beginnen, „sondern mit der Freude an Gott“, betonte der neue Rektor. Die Amtseinführung nahm der evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka vor.

In der lokalen, nahbaren, geistlichen Gemeinschaft liege „die Verheißung und die Hoffnung der Kirche“, zeigte sich Todjeras in seiner Predigt überzeugt. „In der Gemeinschaft der Christinnen und Christen, die beten und feiern, über ihre Hoffnung sprechen können und zu der Hoffnung in Jesus einladen können.“ Eine solche Lebensweise sei nicht übermenschlich, „sondern ihre sichtbaren Zeichen sind: Geduld, Wahrheit, Liebe, Schwachheit, Dienst, Zurückhaltung“. Todjeras betonte auch, dass christliche Gemeinschaft nicht aus geistlichen Giganten bestehe: „Das ist das Paradoxe des christlichen Glaubens: dass der Schwache das Evangelium verkündet“. Pfarrgemein-

den sollten Orte sein, „die Menschen fesseln und den Wunsch wecken wiederzukommen, um noch mehr zu hören und zu erleben“.

POGROMGEDENKEN – EVANGELISCHE KIRCHE: „STEHEN AN DER SEITE UNSERER JÜDISCHEN GESCHWISTER“

„Wir stehen an der Seite unserer jüdischen Geschwister und treten dafür ein, dass jüdisches Leben ohne Bedrohung und Angst auch in Zukunft möglich sein muss. Wir rufen zu einem friedlichen und respektvollen Miteinander aller Menschen in unserem Land auf“, heißt es in einer Erklärung, die die Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich zum Jahrestag der Novemberpogrome am 9. November 2023 veröffentlicht hat. Darin äußert die Evangelische Kirche ihre Bestürzung über die „Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden in den letzten Tagen in unserem Land, über Brandstiftungen, wie jene am Jüdischen Friedhof in Wien, über Hassparolen auf den Straßen und in den sozialen Medien und über andere Formen der Einschüchterung und Bedrohung unserer jüdischen Geschwister“.

Vor 85 Jahren wurden Jüdinnen und Juden verhaftet und ermordet, Synagogen niedergebrannt. „Auch evangelische Christinnen und Christen haben sich schuldig gemacht“, heißt es in der vom lutherischen Bischof Michael Chalupka und dem reformierten Landessuperintendenten Thomas Hennefeld

unterzeichneten Erklärung. Vor 25 Jahren habe die Generalsynode der Evangelischen Kirche das Dokument „Zeit zur Umkehr“ verabschiedet. Dort verpflichteten sich die Evangelischen Kirchen, gegen Antisemitismus und Antijudaismus entschieden aufzutreten, die eigenen jüdischen Wurzeln im Christentum zu bedenken und verstärkt den Dialog mit Jüdinnen und Juden zu suchen.

NÄCHSTE RUNDE BEI ÖKUMENE-PROJEKT „SOZIALWORT 20+“

Das vom Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) initiierte Projekt „Sozialwort 20+“ geht in die nächste Runde. Am 26. November 2023 sprach der lutherische Altbischof Michael Bünker als Gastprediger in der methodistischen Kirche in Wien zum Thema „Europa“. Vor 20 Jahren veröffentlichte der ÖRKÖ das gemeinsam erarbeitete „Sozialwort“. Jetzt soll das „Sozialwort“ mit der Impuls-Reihe „Sozialwort 20+“ fortgeschrieben werden. In Gottesdiensten in ganz Österreich geben Gäste aus jeweils anderen Kirchen kurze aktuelle Impulse zu wesentlichen Themen des „Sozialworts“ bzw. greifen auch neue Themen auf, die vor 20 Jahren noch nicht im Fokus standen.

Das „Sozialwort“ war als „Kompass“ für die Kirchen und die Gesellschaft gedacht. Die großen Themenblöcke waren Bildung, Medien, Sozialer Zusammenhalt, Lebensräume Land/Stadt/Europa, Arbeit, Wirtschaft, Soziale Sicherheit, Frieden, Gerechtigkeit sowie Schöpfungsverantwortung und Nachhaltigkeit. Das aktuelle Projekt „Sozialwort 20+“ ist zumindest bis zur Gebetswoche für die Einheit der Christen

(18. bis 25. Jänner 2024) anberaumt. Die Impulse werden dokumentiert bzw. aufgezeichnet und sind im Anschluss auch über die Website des ÖRKÖ (www.oekumene.at) abrufbar.

DIGITALER KOMMENTAR „EXEGESE FÜR DIE PREDIGT“ GEHT AN DEN START

Der digitale und aktuelle Kommentar „Exegese für die Predigt“ (EfP) ging im November 2023 online. Bei diesem Projekt bieten Auslegungen von führenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu den Texten der evangelischen Perikopenordnung eine fundierte Basis für haupt- und ehrenamtlich Predigende. Ausgehend von der Exegese entwickeln praktische Theologinnen und Theologen Anregungen für die Gottesdienst- und Predigtgestaltung. Das digitale Format ermöglicht es, über Links vertiefenden Informationen zu folgen und so individuellen Fragestellungen nachzugehen.

Das Projekt wird mit Unterstützung mehrerer deutscher Landeskirchen umgesetzt. Am Aufbau waren auch die Wiener Professor:innen für Praktische Theologie Wilfried Engemann und Susanne Heine beteiligt. Eine der Mitautorinnen ist die Wiener Universitätsprofessorin Marianne Grohmann vom Institut für Alttestamentliche Wissenschaft und Biblische Archäologie. „Ich beteilige mich mit der Arbeit an Texten zum Michabuch“, sagte sie gegenüber epdÖ. Veröffentlicht werden die zwei Texte zu Micha in der zweiten Tranche im Frühling 2024. Alle Kommentare sind frei zugänglich unter: www.bibelwissenschaft.de/efp.

SUPERINTENDENZ BURGEN- LAND FEIERT 100-JÄHRIGES BESTEHEN

Mit einem Festgottesdienst in der evangelischen Kirche in Zurndorf wurde am Sonntag, 3. Dezember 2023, das 100-Jahr-Jubiläum der Diözese Burgenland eingeläutet. Nach jahrhundertelanger Zugehörigkeit zur ungarischen Kirche wurden vor 100 Jahren die Weichen dafür gestellt, dass die evangelischen Pfarrgemeinden im neuen Burgenland zu einer eigenen Superintendenz zusammengeschlossen wurden. Mit der Amtseinführung des Oberschützens Pfarrrers Theophil Beyer zum ersten Superintendenten am 29. April 1924 war die Gründung vollzogen.

Im Anschluss an den Festgottesdienst mit Bischof Michael Chalupka, Superintendent Robert Jonischkeit und Superintendentialkuratorin Christa Grabenhofer wurden im ganzen Bundesland Jubiläumsscharen aufgezogen. Diese sollen dieses besondere Jahr öffentlich sichtbar und bewusst machen und zu den verschiedensten Veranstaltungen einladen, heißt es in einer Aussendung der Superintendentur. „Die Evangelische Kirche versteht sich als ein integrativer Teil der burgenländischen Identität und trägt mit ihren Kirchen zum kulturellen Erscheinungsbild des Landes bei“, unterstreicht Superintendentialkuratorin Christa Grabenhofer.

EVANGELISCHE KIRCHE: INGRID MONJENCS ZUR PRÄSIDENTIN DER SYNODE GEWÄHLT

Die neue Synodenpräsidentin der Evangelischen Kirche A.B. heißt Ingrid Monjencs.

Die 63-jährige Lektorin und Synodale aus Wien wurde von den Delegierten der Synode A.B. am 8. Dezember 2023 in Eisenstadt zur Nachfolgerin von Peter Krömer gewählt. Mit Ingrid Monjencs, die vor ihrer Pensionierung die Öffentlichkeitsarbeit der Evangelischen Kirchen in Europa (GEKE) verantwortete, steht erstmals in der Geschichte der Evangelischen Kirche in Österreich eine Frau an der Spitze der Synode. Die nötige Zweidrittelmehrheit erreichte Monjencs im zweiten Wahlgang. Nach dem ersten Wahlgang hatte der ebenfalls für die Wahl nominierte Kurator der Pfarrgemeinde A.B. Wien-Innere Stadt Helmut Tichy seine Kandidatur zurückgezogen.

„Ich freue mich sehr, dass mit Ingrid Monjencs eine Präsidentin gewählt wurde, die über ausführliche Erfahrungen in verschiedensten Ämtern der Evangelischen Kirche in der Pfarrgemeinde und in der Synode verfügt und einen reichen internationalen Erfahrungsschatz bei der Vernetzung der evangelischen Kirchen Europas mitbringt“, unterstreicht Bischof Michael Chalupka. Dass Ingrid Monjencs die erste Frau im Präsident:innenamt ist, zeige, „dass in den evangelischen Kirchen die Besetzung höchster Funktionen die Lebensrealität der Kirche widerspiegelt“.

PFARRGEMEINDE WELS SETZT MIT INITIATIVE „STOP“ ZEICHEN GEGEN GEWALT

Die Pfarrgemeinde Wels setzt mit der Initiative „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ ein Zeichen gegen Gewalt. Dazu wurde im Advent eine Sitzbank mit Informations-

material – etwa der Nummer der Frauenhelferline gegen Gewalt 0800/222 555 – neben dem Eingang der Christuskirche am Martin-Luther-Platz aufgestellt.

Österreich weise „immer wieder eine erschütternd hohe Anzahl“ an Femiziden auf, sagte Pfarrerin Elizabeth Morgan-Bukovics. Miteinander in Kontakt zu sein und darüber zu reden, wie es einem geht, ist der Pfarrerin zufolge gerade in der Nachbarschaft wichtig, um Gewalt zu verhindern. „Die evangelische Pfarrgemeinde Wels möchte in ihrem Stadtteil dazu Verantwortung übernehmen – und einen Ort zum Durchatmen und Miteinander-Reden bieten.“

BIBELKURS DER BIBELGESELLSCHAFT: JETZT AUCH MIT ALTEM TESTAMENT

Der Onlinekurs „Am Punkt.“ der Österreichischen Bibelgesellschaft wurde Anfang des Jahres fertiggestellt. Auf der Website www.bibelgesellschaft.at/am-punkt finden sich nun kostenfrei zu jedem der 66 biblischen Bücher Einführungen, Hintergrundinfos und persönliche Anregungen. Alles bewusst „kurz und knackig“ gehalten, wie es auf der Website heißt. Neben grundlegenden Fakten zu Themenbereichen wie „Genre“, „Über den Autor“ oder „Aufbau des Buches“ bietet der Online-Kurs auch persönliche Punkte wie „Bedeutung für mich“ und „Diskussionsanregung“.

Die Bibelgesellschaft empfiehlt den Kurs etwa zum besseren Verständnis der Bibel beim persönlichen Lesen oder als Diskussionsanregung im Bibelkreis. „Es ist uns als

Bibelgesellschaft ein großes Anliegen, Menschen zu ermutigen, in der Bibel zu lesen, aber auch Hilfestellungen dafür zu geben“, so Jutta Henner, Direktorin der Österreichischen Bibelgesellschaft.

BUNDESPRÄSIDENT UND RELIGIONSVERTRETER:INNEN SETZEN ZEICHEN FÜR FRIEDEN

Zu einer „Stunde für den Frieden“ lud Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 25. Jänner Vertreter:innen aller in Österreich anerkannten 16 Kirchen und Religionsgesellschaften in die Hofburg ein. Dabei betonten sowohl er wie auch die Kirchen- und Religionsvertreter:innen die gemeinsame Verantwortung für Frieden, Gerechtigkeit und das gesellschaftliche Miteinander. Es sei bemerkenswert, so Van der Bellen in seinem Grußwort, dass die Kirchen und Religionen ein so besonders gutes Miteinander in Österreich pflegen.

Die Evangelischen Kirchen würden sich mit all ihren Möglichkeiten dafür einsetzen, „dass in Österreich ein friedliches Zusammenleben aller, die hier leben, möglich ist und bleibt“, betonte Synodenpräsidentin Ingrid Monjencs. Sie wies zudem auf die Notwendigkeit des Einsatzes gegen jede Form von Antisemitismus hin.

CHALUPKA: NÄCHSTENLIEBE ALS „STANDORTBESTIMMUNG DER EIGENEN MENSCHLICHKEIT“

Im Zeichen der christlichen Gemeinschaft und Nächstenliebe stand am 25. Jänner der zentrale Gottesdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ)

im Rahmen der Gebetswoche für die Einheit der Christen in der koptisch-orthodoxen Kirche „Maria vom Siege“ in Wien. In seiner Predigt bezeichnete Bischof Michael Chalupka Nächstenliebe als spontanen Impuls, „Menschen in Not zu helfen, wer immer sie auch sind, wor immer sie auch herkommen“. Nächstenliebe sei keine Abstandsmessung, „sondern eine Standortbestimmung der eigenen Menschlichkeit“. Sie speise sich dabei aber „aus der einen Liebe, der Liebe Gottes, die uns geschenkt ist, die uns nährt und tröstet und Hoffnung gibt“.

Gottes Liebe sei ein unverdientes Geschenk, so der Bischof: „Gott beschenkt uns, damit wir im Rahmen unserer Möglichkeiten selber Schenkende werden können“. Martin Luther spreche in dieser Hinsicht immer wieder vom „Fließen“, um diese Dynamik zu beschreiben. Ein Fluss fließe immer in dieselbe Richtung: „Gaben-Fülle und Liebe fließen immer in dieselbe Richtung: von Gott zu uns und von uns weiter zu unseren Nächsten.“

ASTRID KÖRNER NEUE REKTORIN DER DIAKONIE DE LA TOUR

Pfarrerin Astrid Körner wurde am 28. Jänner im Rahmen eines Festgottesdienstes in der Evangelischen Kirche Villach-Stadtpark von Bischof Michael Chalupka und Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser feierlich in das Amt der Rektorin der Diakonie

de La Tour eingeführt. Die 45-Jährige folgt auf Hubert Stotter, der nach 23 Jahren an der Spitze der evangelischen Sozialorganisation in den Ruhestand getreten war. „Jeder Mensch braucht einen Platz in dieser Welt und soll so angenommen sein, dass er seine Würde entfalten kann“, betonte Körner in ihrer Predigt. „Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst?“ In diesem Vers aus den Psalmen spürt Körner Grundlegendes, was der Diakonie Antrieb gebe.

„Für uns und andere zu Hoffungsträger:innen werden“ wünscht sich Diakonie-Direktorin Moser für die gesamte Organisation. „Als Diakonie sind wir die Hände Gottes. Gott nimmt sich der Menschen durch diakonisches Handeln an“, das sei der Auftrag Körners und gehöre zum Amt der Rektorin, erklärte Moser.

Bischof Chalupka erinnerte daran, dass die Diakonie de La Tour nicht nur ein diakonisches Werk der Kirche und Ausdruck von Kirche sei, „sondern sie ist zugleich Teil der Zivilgesellschaft, die sich für die Rechte von Menschen einsetzt“. Sie sei ein Unternehmen, wenn auch ein soziales, und Teil eines österreichweiten, weltumspannenden Netzwerks, so der Bischof. Diese verschiedenen Ebenen, auf denen man agiert, gelte es, in einen gleichberechtigten Dialog und in eine lebendige Balance zu bringen.